

## Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz</b>	29.11.2011	öffentlich
<b>Haupt- und Beteiligungsausschuss</b>	08.12.2011	öffentlich
<b>Rat der Stadt Bielefeld</b>	15.12.2011	öffentlich

<p><b>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</b></p> <p><b>Beitritt zum Bündnis "Kommunen für biologische Vielfalt"</b></p>
<p>Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)</p>
<p><b>Beschlussvorschlag:</b></p> <p>Die Stadt Bielefeld tritt dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ e.V. als Gründungsmitglied bei.</p>
<p><b>Begründung:</b></p> <p>Neben dem Klimaschutz gilt der Erhalt der biologischen Vielfalt als zweite große globale Herausforderung. Und ebenso wie beim Klimaschutz kommt den Kommunen beim Schutz der biologischen Vielfalt mit der Umsetzung konkreter Maßnahmen vor Ort eine herausragende Rolle zu. Allerdings ist dieses Thema (noch) deutlich weniger im öffentlichen Bewusstsein verankert.</p> <p>Auf politischer Ebene findet der Erhalt der biologischen Vielfalt durch verschiedene, auch internationale, Beschlüsse seinen Niederschlag. Hier sind insb. zu nennen die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2007 und der „Aktionsplan Städte, lokale Behörden und Biodiversität“, der 2010 auf der 10. Vertragsstaatenkonferenz der Convention on Biological Diversity (CBD) verabschiedet wurde. Auch der Rat der Stadt Bielefeld hat sich – ebenso wie weitere rund 200 Kommunen in Deutschland - am 10.06.2011 mit seinem einstimmigen Beschluss zur Zeichnung der Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu der hohen Bedeutung dieser Thematik bekannt.</p> <p>Der erkennbare Bedeutungszuwachs ist sowohl mit einer gesteigerten Wertschätzung als auch mit zunehmendem Handlungsdruck für die Kommunen verbunden. Bürgerinnen und Bürger sowie lokale Umweltschutzverbände treten den Kommunen mit einer gestiegenen Erwartungshaltung und entsprechenden Forderungen gegenüber. Auch von Seiten des Bundes und der Länder werden neue Pflichten an die Kommunen herangetragen. Neue Aufgaben sowie ein verschärftes Augenmerk auf die Umsetzung bereits existierender Pflichten sind die Konsequenz. Diese Herausforderungen erfordern von den Kommunen neue innovative Wege bei der Aufgabenplanung, mehr Effizienz bei der Umsetzung sowie eine auf die Akzeptanz betroffener Personengruppen abzielende Kommunikation.</p> <p>Zum Klimaschutz gibt es eine Reihe sehr etablierter Netzwerke (z.B. Klimabündnis, Covenant of Mayors), deren Arbeit entscheidend dazu beigetragen hat, das Thema mit der notwendigen Priorität in der öffentlichen Wahrnehmung, aber auch in Bezug auf das kommunale Handeln zu</p>

befördern. Solche Strukturen existieren bislang für den Erhalt der biologischen Vielfalt nicht. Aus dem Kreis der rund 200 Deklarationskommunen heraus wurde daher in den vergangenen Monaten konkret an der Ausgestaltung eines solchen Netzwerkes als „Bündnis für biologische Vielfalt“ gearbeitet. Auch Bielefeld hat sich an diesen Vorarbeiten beteiligt. Das Bündnis soll nun am 01. Februar 2012 in Form eines eingetragenen Vereins gegründet werden.

Positiv ist die schon jetzt vorliegende Zusage zu sehen, dass das Bundesamt für Naturschutz das Bündnis in der Startphase im Rahmen eines Forschungs- und Entwicklungsvorhabens bis zum Jahr 2014 unterstützt. Vorgesehen ist beispielsweise die Organisation von Workshops zur Weiterbildung kommunaler Verwaltungsmitarbeiter/innen.

Als Anlage sind neben einer Hintergrundinformation der Satzungsentwurf des Bündnisses sowie ein Entwurf einer Beitragsordnung beigefügt. Danach würde für die Mitgliedschaft der Stadt Bielefeld grundsätzlich ein jährlicher Beitrag in Höhe von 1.800 Euro anfallen. Anzumerken ist hier, dass die derzeitige Formulierung im § 3 der Beitragsordnung nicht eindeutig und deshalb noch zu konkretisieren ist. Ziel der Regelung ist es, Kommunen im Nothaushaltsrecht (also ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept) aufgrund der für sie geltenden Restriktionen von der Beitragszahlung zu befreien. Sollte die Stadt Bielefeld entsprechend den derzeitigen Planungen künftig das Ziel eines genehmigten HSK erreichen, so würde ab dem Folgejahr der o. g. Mitgliedsbeitrag anfallen. Dieser wäre haushaltsneutral aus dem Budget des Umweltamtes zu decken. Eine Übereinstimmung der Beitragszahlung mit den jeweils geltenden haushaltsrechtlichen Anforderungen wird in jedem Fall sichergestellt.

Das Bündnis soll eine Plattform für die interkommunale Zusammenarbeit bilden, die inhaltliche Arbeit in den Kommunen unterstützen und kommunale Interessen und Bedürfnisse in politische Prozesse hinein vermitteln. Als Gründungsmitglied hat die Stadt Bielefeld zudem die Möglichkeit, von Beginn an Strukturen, Inhalte und Aufgaben des Bündnisses mit zu gestalten und das eigene Engagement im Naturschutz auch nach außen zu dokumentieren. Mit dem Bundesamt für Naturschutz und der Deutschen Umwelthilfe hat das Bündnis von Beginn an starke Partner, die über langjährige Erfahrungen im Naturschutz verfügen. Eine Mitgliedschaft verspricht daher zusätzliche Impulse und wertvolle Unterstützungsleistungen für die Naturschutzarbeit vor Ort.

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

Anja Ritschel

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.